



Ratsfraktionen und der Oberbürgermeister



15.07.2014

Resolution			3374/16 öffentlich
Resolution zum Erhalt des St. Elisabeth-Krankenhauses in Salzgitter-Bad			
Beratungsfolge:			
Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Nichtöffentlich	15.07.2014	Verwaltungsausschuss	Beschlussvorbereitung
Öffentlich	16.07.2014	Rat der Stadt Salzgitter	Entscheidung

Resolution:

Rat und Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter setzen sich für den langfristigen Erhalt einer Krankenhausversorgung in Salzgitter-Bad ein. Sie erwarten daher, dass das Land Niedersachsen durch eine Investitionskostenförderung für das St. Elisabeth-Krankenhaus hierfür die wesentliche Grundlage schafft.

Das St. Elisabeth-Krankenhaus hat beim Land Niedersachsen einen Antrag auf Investitionskostenförderung für einen Neubau in Höhe von 28,4 Millionen Euro gestellt. Über diesen Antrag ist am 16.07.2014 vom Krankenhausplanungsausschuss entschieden und eine derzeit ablehnende Empfehlung ausgesprochen worden über die die Landesregierung entscheidet. Diese Empfehlung teilen der Rat und der Oberbürgermeister nicht. Ohne einen Ersatzneubau besteht die Gefahr, dass das Krankenhaus seinen Versorgungsauftrag mittelfristig nicht mehr erfüllen und der Standort nicht gehalten werden kann. Die Einschätzung, dass das Investitionsvorhaben dringlich und existenziell ist, teilt auch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Aus Sicht des Rates und des Oberbürgermeisters der Stadt Salzgitter muss eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung am Standort Salzgitter-Bad gesichert werden und bestehen bleiben. Sowohl die aktuelle, positive Entwicklung der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Salzgitters als auch die bereits vorhersehbaren, medizinischen Anforderungen der demographischen Entwicklung machen deutlich, dass in Salzgitter dauerhaft zwei Krankenhausstandorte benötigt werden. Dazu ist es unerlässlich, dass es eine Entscheidung zugunsten des St. Elisabeth-Krankenhauses geben muss, die einen langfristigen Bestand gewährleistet. Dieses dient sowohl dem Wohl der Patientinnen und Patienten als auch den ca. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Der Rat und der Oberbürgermeister erwarten, dass unverzüglich eine positive Entscheidung getroffen wird.

gez. Leidecker

(Leidecker)

gez. Stratmann

(Stratmann)

gez. Bürger

(Bürger)

gez. Garms-Babke

(Dr. Garms-Babke)

gez. Kozlik

(Kozlik)

gez. Fleischer

(Fleischer)

gez. Klingebiel

(Klingebiel)

(Kozlik)

(Fleischer)